

Bild: Sonja Hartmann

Anzeige



OBI Küchenstudio

Beratung | Planung | Aufmaß | Lieferung | Montage

über
100x
in Deutschland

Holen Sie sich jetzt den aktuellen Küchen-Katalog in Ihrem OBI Markt oder online unter www.obide/kuechenstudio

Top-Services



OBI Farbmisch-Service

Jeder Farbton ist als Lack, Laser, Wand- und Fassadenfarbe mischbar, auch anhand eines mitgebrachten Musters.

- jeder Farbton ist kurzfristig erhältlich und jederzeit nachschickbar
- gratis Farbmusterkarten für zu Hause



OBI Lieferservice

Einkäufe einfach bringen lassen: Unser Lieferservice transportiert Ihren Einkauf gerne bis vor Ihre Tür. Alle Informationen zu Preisen und Lieferbedingungen erhalten Sie an unserem Service-Center.



OBI Geschenkkarte

Eine praktische Geschenkidee für Geburtstage, Jubiläen oder Umzüge: Die OBI Geschenkkarte.

- für Beträge zwischen 5 - 250 Euro
- online für Beträge zwischen 25 - 1.000 Euro
- Drei Jahre gültig, deutschlandweit in teilnehmenden Märkten

Jetzt 5 Euro Coupon sichern!
(Und OBI Newsletter abonnieren)



- Aktuelle Angebote und Aktionen
- Attraktive Vorteile
- Coupon bei der Anmeldung
- Alle Infos unter obi.de/newsletter

Die OBI 0 %-Finanzierung:

*Zinssatzkategorie von € 6.000,- entspricht dem Nettobeschaffungswert. Gesamtbetrag von € 6.000,-. Effektivster Jahreszins von 0,00 % bei einer Laufzeit von z.B. 60 Monaten = 0,00 % Kfz 110/120, entspricht einem gebundenen Substanz von 0,00 % p.a. Bonität vorausgesetzt. Ein Angebot der Santander Consumer Bank AG, Santander Platz 4, 40109 Münster/Gebäude. Die Angaben stellen lediglich das 2012 bestmögliche Ergebnis dar. 3-Phasen dar.

0 %
Finanzierung
60
Monate

13469 B-Reinickendorf!
Waidmannslust Damm 190
Tel. 030 403920
Mo.-Sa., 8-20 Uhr



MO.-DO.: 8-13 UHR & 15-19 UHR
FREITAG: 8-13 UHR & 15-18 UHR

Olympia-Gold für Wittenau



Mariama Jamanka und Lisa-Marie Buckwitz mit Bezirksbürgermeister Frank Balzer bei der Eintragung ins Goldene Buch des Bezirks Reinickendorf.

Die Sensations-Olympiasiegerinnen im Zweierbob Mariama Jamanka und Lisa-Marie Buckwitz haben sich im März ins Goldene Buch des Bezirks Reinickendorf eingetragen. In einer Feierstunde im historischen Saal der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) würdigte Bezirksbürgermeister Frank Balzer (CDU): „Im Namen aller sportbegeisterten Reinickendorferinnen und Reinickendorfer gratuliere ich Ihnen von Herzen zu diesem überragenden Erfolg. Wer hätte gedacht, dass mit Mariama Jamanka eine in Reinickendorf tief verwurzelte Ausnahmesportlerin

einmal Olympiagold in einer Wintersportdisziplin gewinnt.“ Mariama Jamanka kommt aus Wittenau, ihre Mutter lebt bis heute nahe des Rathauses. Sie befindet sich damit in guter Gesellschaft von Reinickendorfer Welt- und Europameisterinnen und -meistern, Olympiateilnehmern sowie 562 Sportlerinnen und Sportlern, die im vergangenen Jahr vom Bezirk für ihre erfolgreiche Vereinstätigkeit geehrt wurden. Die Sportgemeinde profitiert davon, dass der Bezirk seit der Jahrtausendwende insgesamt 40 Millionen Euro in Sportstätten investiert hat.

Interview

mit

Mariama Jamanka
Olympiasiegerin
im Zweierbob 2018



UW: Sie sind in Wittenau aufgewachsen. Fühlen Sie sich dem Ortsteil noch verbunden?

Jamanka: Ja, ich fühle mich dem Ortsteil immer noch verbunden und könnte mir gut vorstellen, nach meiner sportlichen Karriere dorthin zurück zu kehren.

UW: Der Bezirk Reinickendorf ist nicht gerade für Wintersport bekannt. Wie sind Sie zum Bobfahren gekommen?

Jamanka: Ich habe bei der LG Nord Berlin Leichtathletik gemacht, zunächst als Mehrkämpferin, später dann als Diskus- und Hammerwerferin. Mein Leichtathletiktrainer hat mir 2013 vorgeschlagen, es mit dem Bobfahren zu versuchen. Ich war schon immer Action-Fan.

(Anm. der Red.: Schnell zeigte sich das Talent von Mariama Jamanka im Bobsport. Bereits in ihrem ersten Rennen bei der deutschen Junioren-Meisterschaft ist sie sensationell dritte geworden. Kurz darauf gewann sie ein Europacup-Rennen, es folgte ein Platz im Weltcup-Team und Platz acht beim Debüt.)

UW: Durch den Gewinn der Goldmedaille ist Ihr Bekanntheitsgrad deutlich gestiegen. Wie gehen Sie mit dem erhöhten Interesse an Ihrer Person um?

Jamanka: Der ganze Trubel um unseren Sieg freut mich sehr, weil der Bobsport doch schon eine Randsportart ist. Aber trotzdem bin ich eigentlich niemand, der gerne im Rampenlicht steht, von daher mache ich eigentlich so weiter wie bisher.

UW: Was sind Ihre nächsten sportlichen Ziele?

Jamanka: Die nächsten sportlichen Ziele sind definitiv die Weltmeisterschaft 2019 in Whistler und die Heim-WM 2020 in Altenberg.

Projekt „E3 Café - Ernst und Emil“ gestartet



Essen hält Leib und Seele zusammen? Ja, das stimmt, aber für Menschen Essen zuzubereiten ist ebenso wichtig. Doch das will gelernt sein! In der Emil-Fischer-Schule, dem Oberstufenzentrum für Ernährung und Lebensmitteltechnik in Wittenau, wurde das Lernangebot dahingehend vor kurzem erweitert. Die Schulleiterin Angela Rolla-Eilers glaubte fest daran, dass die im Hause befindliche Cafeteria, die jahrelang an eine private Betreiberin verpachtet war, auch von Schülern geleitet werden könnte. In den schulinternen Gesprächen wurde bald deutlich, welche Möglichkeiten eine von Schülern betriebene Cafeteria eröffnen wird. Hier können praktische Erfahrungen in der Lebensmittelzubereitung und im Verkauf gesammelt werden, was für Schüler, die vollschulisch ausgebildet werden, von großem Nutzen ist. Alle Bereiche der Ausbildungsgänge am Oberstufenzentrum sollen fachlich in dieses Projekt eingebunden werden – von der Berufsschule über die

Berufsfachschule, die Fachoberschule, das berufliche Gymnasium bis hin zur staatlichen Fachschule für Lebensmitteltechnik. Beispielsweise haben die Schüler des beruflichen Gymnasiums mit dem Schwerpunkt Gestaltungs- und Medientechnik Tischkarten entworfen, die von den Schülern der Fachpraxis dann dekoriert wurden. Aber auch für Berufsschüler stehen interessante Aufgaben in der Cafeteria an: Berechnungen von Wareneingang und -ausgang, Buchführung, Hygienebestimmungen, Aufgaben für das Genlabor, Anregungen durch Lebensmitteltechniker, Werbeplakate, Gestaltung der Räumlichkeiten. Zu Beginn dieses Schuljahres startete nun der Probetrieb in der frisch renovierten Cafeteria, am 26. Januar konnte die offizielle Eröffnung des **E3 Cafés - Ernst und Emil** gefeiert werden. Der Name steht für die beiden Oberstufenzentren **Ernst** Litfaß und **Emil** Fischer am Standort Cyclopstraße 1-5, 13437 Berlin.

Babys Sinne in Wittenau

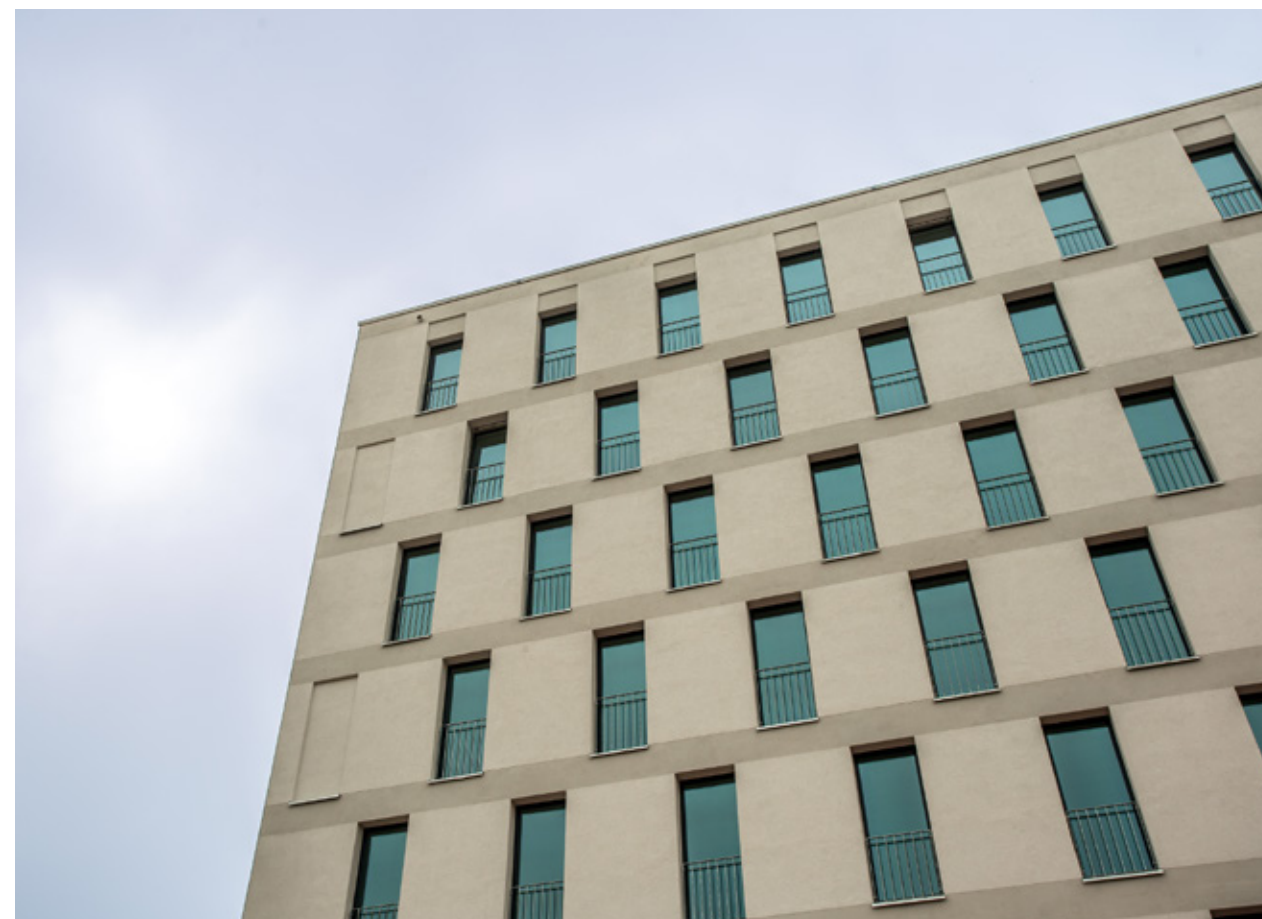


Im September des letzten Jahres hat sich die zweifache Mutter Stefanie Lehmann nach ihrer Elternzeit einen kleinen Traum erfüllt. Sie hat sich selbständig gemacht und bietet seitdem ihre Baby- & Krabbelgruppen im Familientreff Wittenau an. Selbstgenähte Kinderkleidung rundet das Angebot ab. Babys dürfen bei ihr mit allen Sinnen sich und

ihre Umwelt entdecken, z. B. im Wasser planschen, mit Farbe matschen und verschiedene Materialien betasten. Aber auch Baby-Massage sowie Hand- und Fußabdrücke in Salzteig gehören dazu. Zusammenfassen lassen sich die Kursinhalte für Babys im ersten Lebensjahr mit dem Motto: „Hier machen wir alles, was man zu Hause nicht macht!“

Ort: Familientreff Wittenau, Oranienburger Str. 204, 13437 Berlin
Zeit: montags 9.30 Uhr und 10.45 Uhr
Kosten: 80 Euro für 10 Termine à 60 Minuten
Termine: nächste Kursstarts am 11. Juni und 20. August
Anmeldung: unter www.bunte-naehigkeiten.de oder telefonisch unter 0175 720 22 56

Kritik der CDU an Planungen des Senats für neue Unterkünfte für Geflüchtete



Die Außenansicht der kürzlich fertig gebauten modularen Unterkunft im Märkischen Viertel

Die CDU-Fraktion Reinickendorf lehnt die Pläne des rot-rot-grünen Senats, am Waidmannsluster Damm 12/14 eine modulare Unterkunft für Geflüchtete (MUF) zu bauen, ab. Das Grundstück ist bis 2021 mit einseitiger Option des Mieters auf Verlängerung vermietet und wird als Campingplatz genutzt. Zudem hat das Bezirksamt dort den perspektivischen Bedarf zur Nutzung als Schulstandort angemeldet.

Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik (KaBoN). Der rot-rot-grüne Senat arbeitet zudem stillschweigend weiter an der Realisierung des Baus eines MUFs auf dem KaBoN-Gelände. Eine der Flächen, die geprüft wird, ist der ehemalige Müllplatz neben einem Parkplatz in der Nähe des Verwaltungsgebäudes. 2016 tauchte der Standort auf einer veröffentlichten Liste des Senats auf, seitdem nie wieder.



„Eigenmächtig trifft der Senat erneut eine Entscheidung gegen die Interessen des Bezirks“, begründet der Vorsitzende Tobias Siesmayer die Haltung seiner Fraktion. „SPD, Linke und Grüne ignorieren bewusst die Planung des Bezirks für einen Schulstandort und gefährden leichtfertig die Existenz eines Unternehmers, der über langfristige Verträge für diesen Standort verfügt.“

Soziale Infrastruktur in Wittenau überfordert

Darüber hinaus plant der Senat nach dem Freizug der Turnhalle in der Cyclopstraße und der Notunterkunft im ehemaligen Collège Voltaire erneut eine Unterkunft in der Cité Foch, auf den Flächen der ehemaligen Gendarmerie. In Wittenau leben bereits ca. 800 Geflüchtete und demnächst ca. 250 weitere in Containern (sog. „Tempohomes“) auf dem Gelände der früheren

„Damit wären bald wieder über 1500 Geflüchtete in Wittenau untergebracht. Die soziale Infrastruktur in Wittenau ist angesichts der sozial unausgewogenen Verteilung durch den Senat bereits jetzt massiv überfordert“, kritisiert der integrationspolitische Sprecher der CDU-Fraktion Reinickendorf und Wittenauer Bezirksverordnete Björn Wohlerst.

CDU fordert Bürgerbeteiligung

Da der Senat abermals die Bürger nicht in die Planungen für Unterkünfte für Geflüchtete einbezogen hat, fordert die CDU den rot-rot-grünen Senat in einem BVV-Antrag auf, die Bürgerbeteiligung

künftig bereits bei der Auswahl und Planung der Standorte für Unterkünfte für Geflüchtete anzusetzen, sodass sich diese nicht mehr nur auf veröffentlichte Informationen durch das Bezirksamt beschränkt. Dabei sollen erfolgreiche Elemente von Modellprojekten wie FindingPlaces aus Hamburg im Bezirk Reinickendorf erprobt werden.



Dazu erklärt Björn Wohlerst:

„Die Akzeptanz der Bevölkerung ist maßgeblich für eine erfolgreiche Integration der bis zur Rückkehr in ihr Heimatland bleibberechtigten Flüchtlinge und den sozialen Frieden in unserem Bezirk. Es bedarf daher einer breiten Beteiligung der Bürger.“ Der im Integrationsausschuss anwesende Staatssekretär Tietze (Linke) teilte mit, dass er eine dem CDU-Antrag entsprechende Bürgerbeteiligung des Senats nicht vor 2021 realisieren wolle. Man habe zu hohen Zeit- und Planungsdruck bei dem Bau modularer Unterkünfte. Rot-Rot-Grün lehnte dann den Antrag im Integrationsausschuss der BVV ab. Warum der Senat im Geiste des Antrags nicht wenigstens eine Informationsveranstaltung durchführt, wurde nicht beantwortet.

CDU fordert konsequente Abschiebungen

Mit einem weiteren BVV-Antrag fordert die CDU-Fraktion nun den rot-rot-grünen Senat auf, Ausreisepflichtige konsequent abzuschicken, damit sich der Zahl erforderlicher neuer Unterkünfte in Reinickendorf verringert, die soziale Infrastruktur entlastet und dementsprechend der Planungsdruck gesenkt werden kann. Auch diese Initiative lehnt Rot-Rot-Grün in der BVV ab.

„Duldungen und Abschiebeblockaden sollen nach den ideologischen Vorstellungen der Senatsparteien offensichtlich nicht die Ausnahme bleiben. Rot-Rot-Grün nimmt die Bürger nicht ernst und setzt mit seinem intransparenten Vorgehen die Akzeptanz der Bevölkerung aufs Spiel“, resümiert der CDU-Sprecher für Integrationspolitik Björn Wohlerst.

Fakten und Zahlen zu Abschiebungen in Berlin

Wie sich aus der Antwort des Senats auf eine schriftliche Anfrage des CDU-Abgeordneten Burkard Dregger ergibt, sind unter der Regierungsverantwortung der CDU im Jahre 2016 2.028 Personen abgeschoben und weitere 9.601 zur freiwilligen Ausreise veranlasst worden. Das heißt, in einem Jahr ist die Ausreisepflicht gegen 11.629 Personen durchgesetzt worden. Unter Rot-Rot-Grün sind im Jahre 2017 die Abschiebungen auf 1.638 (-19,23%) und die freiwilligen Ausreisen auf 3.629 Personen eingebrochen (-62,2 %). Die Zahl der Ausreisepflichtigen ist zum Jahresende um 1.242 (+12 %) gestiegen. Somit sind 2017 insgesamt in 6.362 Fällen weniger die Ausreisepflicht durchgesetzt worden als 2016. Das ist Ergebnis des im rot-rot-grünen Koalitionsvertrages angekündigten „Paradigmenwechsels“ weg von Abschiebungen hin zu freiwilligen Ausreisen. Der rot-rot-grüne Senat erkennt, dass ohne eine konsequente Abschiebepolitik freiwillige Ausreisen nicht zu erreichen sind. Denn diese sind nicht „freiwillig“ im engeren Sinne, sondern erfolgen regelmäßig nur unter der Androhung einer sonst erfolgenden Abschiebung.

Sie haben Fragen oder Anregungen zur Asylpolitik in Wittenau?

Dann melden Sie sich gerne bei unserem Wittenauer Bezirksverordneten Björn Wohlerst per E-Mail an wittenau@cdue-reinickendorf.de oder schriftlich an CDU Wittenau, Oranienbamm 10-6 (Aufgang D), 13469 Berlin.

Keine Schwerpunkteinsätze des Ordnungsamtes in Wittenau

Vor einem Jahr äußerte sich der Reinickendorfer Ordnungstadtrat Sebastian Maack (AfD) im RBB über die künftige Arbeit des Ordnungsamtes:

„Wir machen einen Schwerpunkteinsatz in einem Kiez und gehen dort drei Monate rein mit allen verfügbaren Kräften, die wir haben und sehen zu, dass wir dort aufräumen und wenn die Menschen sich daran gewöhnt haben, sich wieder korrekt und vernünftig zu verhalten, dann nehmen wir uns den nächsten Kiez vor.“

Der Wittenauer CDU-Bezirksverordnete Björn Wohler hat daher kürzlich eine schriftliche Anfrage zu den Schwerpunkteinsätzen des Ordnungsamtes an Bezirksstadtrat Maack gestellt, die dieser wie folgt beantwortet hat:

Wie viele und welche dreimonatigen Schwerpunkteinsätze hatte das Ordnungsamt in den vergangenen 12 Monaten?

Da der Einsatz in der Markstraße (Anm. der Red.: Es geht um den dortigen Trödelmarkt) erst in diesem Februar zu ersten spürbaren Erfolgen beim Parkchaos geführt hat, wurden keine weiteren

Schwerpunkteinsätze gestartet. Im Rahmen der bisher durchgeführten Evaluation muss man feststellen, dass 3 Monate für eine Verhaltensänderung in der Bevölkerung erheblich zu kurz sind und dass zukünftige Schwerpunkteinsätze mit einem Zeitrahmen von 6 bis 18 Monaten kalkuliert werden müssen.

Welche vier Schwerpunkteinsätze sind im Jahr 2018 geplant? Wie wird die Personalstärke sein? Wie werden die Einsätze konkret ausgestaltet sein?

Im Jahr 2018 sind zwei neue Schwerpunkte geplant:

- Franz-Neumann-Platz / Schäfersee / Residenzstraße verstärkte Bestreifung mit 2 primär dort eingesetzten Mitarbeitern.
- Flughafensee
In Abhängigkeit vom Wetter und der verfügbaren Personalstärke ist dort eine permanente Anwesenheit des Ordnungsamtes oder mindestens eine verstärkte Bestreifung geplant. Wildcamping soll dadurch vollständig unterbunden werden und Grill- sowie

Lagerfeuer sollen zumindest während der Einsatzzeiten des Allgemeinen Ordnungsdienstes unterbunden werden. Ziel ist es, dass die Familien ringsum den See wieder als Badestelle nutzen können und wollen.

Im Ortsteil Wittenau sind damit keine Schwerpunkteinsätze des Ordnungsamtes geplant. Mehrere BVV-Initiativen des CDU-Bezirksverordneten Björn Wohler hat der Ordnungstadtrat Sebastian Maack (AfD) dementsprechend negativ beantwortet:



So lehnt Bezirksstadtrat Maack unter anderem ab, das Falschparken in der Siedlung Roter Adler („Handwerkersiedlung“) vor dem Hintergrund des sonntäglichen Flohmarktes regelmäßig zu kontrollieren und zu ahnden. Seit Anfang 2018 seien vier Kontrollen unter anderem im Rahmen der Streifenfähigkeit des Außendienstes durchgeführt worden. Dabei habe es insgesamt nur zwei Feststellungen gegeben.



Auch sieht der Stadtrat keinen wiederkehrenden Kontrollschwerpunkt an der oft zugeworfenen Einfahrt mit Schranke, die den Zugang der Anwohner zu ihren Wohnungen zwischen dem Wilhelmsruher Damm und dem Ibeschäuser Weg ermöglichen soll. Bei Kontrollen seien entgegen Hinweisen von Anwohnern keine Verstöße festgestellt worden.



Der Ordnungstadtrat Sebastian Maack hat auf eine mündliche Anfrage des Bezirksverordneten Björn Wohler zu vermeintlichen Ordnungswidrigkeiten in der Blunckstraße geantwortet, dass seit Beginn des Jahres 2018 drei Meldungen über Kraftfahrzeuge ohne Kennzeichen vorgelegt haben.

Anwohner hingegen berichten auch, dass die Blunckstraße vor allem vor Einfahrten oftmals so zugeworfen ist, dass beispielsweise die Feuerwehr im Rahmen eines Notfalleinsatzes nicht durchkäme. Auf die Nachfrage, ob der Stadtrat dagegen Maßnahmen ergreifen will, stellte dieser fest, dass es viele Straßen gibt, die derart zugeworfen sind, und bezeichnete es auch mit Blick auf die personelle Situation im Ordnungsamt als „Riesenproblem“.



Immerhin will der Außendienst des Ordnungsamtes aber nach einem Hinweis des Bezirksverordneten Björn Wohler stärker auf die zunehmende Vermüllung im Bereich zwischen U-Bahnhof Wittenau und Göschenpark achten. Zudem hat die BSR zugesichert, im Gespräch mit den dortigen Ladenbesitzern eine Verbesserung zu erzielen und vermehrt Kontrollen durchzuführen.

Ziel mehrerer Initiativen der CDU-Fraktion Reinickendorf war und bleibt, eine dauerhaft starke Präsenz des Ordnungsamtes, bei der keine Ortsteile und Probleme vernachlässigt werden, zu ermöglichen. Von den 58 zusätzlichen Stellen, die der Senat infolge des bei Beteiligung der CDU erwirtschafteten Milliardenüberschusses im Land Berlin für den Bezirk Reinickendorf bewilligt hat, konnte Bezirksstadtrat Sebastian Maack im Jahr 2017 drei neue Stellen für das Ordnungsamt schaffen. Das ist immer noch zu wenig, um den wachsenden Aufgaben gerecht zu werden.

Sie haben Hinweise zu Ordnungswidrigkeiten in Wittenau, denen aus Ihrer Sicht nicht ausreichend nachgegangen wird?

Dann wenden Sie sich gerne an den Wittenauer Bezirksverordneten Björn Wohler per E-Mail an wittenau@cdu-reinickendorf.de oder schriftlich an CDU Wittenau, Oranienamm 10-6 (Aufgang D), 13469 Berlin!

Aufenthaltsqualität und Sicherheit im Göschenpark soll erhöht werden



Wie kann die Sicherheit im Göschenpark erhöht und gleichzeitig die Attraktivität und der Erholungswert der Grünfläche gesteigert werden? Zu dieser Frage hat die CDU Wittenau im April zu einem Bürgergespräch eingeladen. Gemeinsam mit der Baustadträtin Katrin Schultze-Berndt (CDU), Vertretern der Polizei, des NABU und 30 Anwohnern hat der Wittenauer CDU-Bezirksverordnete



Björn Wohler vereinbart, ein Maßnahmenpaket für mehr Sicherheit und Aufenthaltsqualität zu schnüren. Die Polizei hat bereits zugesichert, mit ihren Funkwagen und Kontaktbeamten im Rahmen ihrer auftragsfreien Bestreifungen öfter im Park präsent zu sein, um gegen den Drogenhandel vorzugehen. Das in der Verantwortung der Stadträtin Katrin Schultze-Berndt stehende Straßen- und Grünflächen-



amt hat bereits zwei neue Parkbänke aus Holz und zusätzliche Mülleimer aufgestellt sowie bis Ende Februar Rückschnitte vorgenommen. Darüber hinaus werden weitere Maßnahmen geprüft und vorbereitet, um die Aufenthaltsqualität im Göschenpark zu erhöhen. In der Oktober-Ausgabe der „Unser Wittenau“ werden wir detailliert über diese und erste Ergebnisse berichten.



Sie haben hierzu Anregungen? Dann melden Sie sich gerne bei unserem Wittenauer CDU-Bezirksverordneten Björn Wohler per E-Mail an wittenau@cdu-reinickendorf.de oder schriftlich an CDU Wittenau, Oranienamm 10-6 (Aufgang D), 13469 Berlin!

Vivantes soll das KaBoN-Gelände sauber halten



begründet Björn Wohler die Initiative. Zudem soll Vivantes seine Straßenreinigungspflicht in der Rathauspromenade von der Kossätenstraße bis zur Sackgasse wahrnehmen und in dem Bereich die Baum- und Gehölzpflege intensivieren. Regelmäßig fallen Zweige und Laub über den Zaun auf die Wiesenstücke in der Rathauspromenade und verursachen in den Sommermonaten unangenehme Gerüche.

Der Wittenauer CDU-Bezirksverordnete Björn Wohler setzt sich mit einem BVV-Antrag dafür ein, dass das landeseigene Unternehmen Vivantes und gegebenenfalls der Senat bis zum

Verkauf des gesamten oder von Teilen des Grundstücks der ehemaligen Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik Maßnahmen ergreifen, um die zunehmende Vermüllung und illegales Kohlegrillen einzudämmen.

Vivantes sollte sich als Eigentümer verpflichtet fühlen, das Grundstück sauber zu halten und umweltschädlichen Aktivitäten entgegen zu wirken“,

Bald bezirksübergreifender Kampf gegen den illegalen Welpenhandel?

Der Senat zeigt sich offen dafür, das von dem CDU-Bezirksverordneten Björn Wohler und dem Tierschützer Stefan Klippstein vorgeschlagene bezirksübergreifende Meldesystem zur Bekämpfung des illegalen Welpenhandels, der im Bezirk vor allem rund um Wittenau stattfindet, zu schaffen. Nach dem Allgemeinen Zuständigkeitsgesetz (AZG) und dem Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz Berlin (ASOG Bln) sei

ein Datenaustausch zwischen den bezirklichen Veterinär- und Ordnungsämtern sowie der Polizei rechtlich nicht ausgeschlossen. Zuvor hat der Reinickendorfer Ordnungstadtrat Sebastian Maack (AfD) eine entsprechende BVV-Initiative dahingehend beantwortet, dass der Senat ein bezirksübergreifendes Meldesystem aufgrund fehlender Rechtsgrundlage abgelehnt habe. Dazu erklärt der Bezirksverordnete

Björn Wohler: „Ich erwarte, dass der Senat nun zügig alle offenen Rechtsfragen klärt und gegebenenfalls Gesetzesänderungen vornimmt, um den bezirksübergreifenden Kampf gegen den illegalen Welpenhandel zu ermöglichen. Es muss endlich wirksam und effizient gegen die Händler, die das Informationsdefizit zwischen den Bezirken untereinander und der Polizei ausnutzen, vorgegangen werden.“



125 JAHRE Deutsches Rotes Kreuz
Seit 1893 für Sie in Reinickendorf aktiv

Jubiläums KONZERT
unter der Schirmherrschaft des Reinickendorfer Bezirksbürgermeisters Herrn Frank Balzer

mit dem
Kammerorchester der Komischen Oper Berlin

Samstag 3. November 2018

Ernst - Reuter - Saal Reinickendorf

Einlass: 12:30 Uhr, Konzert: 14:00 - 17:00 Uhr

+++ Karten ab sofort (auch online) verfügbar +++

DRK Kreisverband Reinickendorf-Wittenau e.V., Antonienstr. 50a, 13403 Berlin, Tel: 030-600 300 5656
www.drk-reinickendorf-wittenau.de

VVK Preis: 10,00 € / 7,00 € ermäßigt (Senioren, Kinder und Schwerbeschädigte) / 6,00 € für Mitglieder

Neuer Taxistand in Wittenau?

Durch Mitarbeiter der Arztpraxen und der Apotheke in der Oranienburger Straße gerufene Funktaxis halten oft im absoluten Halteverbot auf der Abbiegespur vor dem Eingang des Ärztehauses, um ihre Fahrgäste zu finden und abzuholen. Das führt vor dem Kreuzungsbereich regelmäßig zu Verkehrschaos. Mit dem Einzug eines Zahnärztesentrums in die ehemalige Video World-Filiale im Sommer 2018 würde die Zahl gerufener Taxis voraussichtlich erhöht und die Verkehrssituation weiter verschärft. Daher hat der Wittenauer CDU-Bezirksverordnete Björn Wohlerl das Bezirksamt gebeten, gemeinsam mit der Taxi-Innung die Anordnung eines Taxistandes für drei Taxen hinter dem Behindertenparkplatz in Höhe des ehemaligen „Schlecker“-Marktes zu prüfen.



Der einzige Taxistand in Wittenau befindet sich gegenüber dem S+U-Bahnhof. Für gehbehinderte und ältere Patienten ist er zu weit vom Ärztehaus in der Oranienburger Straße entfernt.

Wie ist ihre Meinung dazu? Haben Sie weitere Vorschläge?
Melden Sie sich bei uns per E-Mail an wittenau@cdu-reinickendorf.de oder schriftlich an CDU Wittenau, Oranienamm 10-6 (Aufgang D), 13469 Berlin!

Jetzt der Facebook-Gruppe „Wittenauer“ beitreten!

Einfach bei Facebook nach der Gruppe „Wittenauer“ suchen oder direkt auf den Link gehen:
<https://www.facebook.com/groups/445336105671289/>

Anzeige



Der Bedarf für einen Taxistand am Eichborndamm steigt. Ein solcher wäre fußläufig noch erreichbar.

DAS GESAMTE SPEKTRUM DER ZAHNMEDIZIN UNTER EINEM DACH

- Prophylaxe
- Zahnimplantate
- Ästhetische Zahnheilkunde
- Allgemeine Zahnbehandlungen
- Hochwertiger Zahnersatz
- Zahnkorrektur mit Invisalign®
- Lachgassedierung für Angstpatienten

Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

Oranienburger Straße 73, 13437 Berlin-Wittenau

medentes
ZAHNARZTZENTRUM
Dr. Andreas Schröder & Partner

IHR ZAHNARZTZENTRUM
FÜR REINICKENDORF
www.medentes.de

☎ 030 / 411 12 47

MO.-DO.: 8-13 UHR & 15-19 UHR
FREITAG: 8-13 UHR & 15-18 UHR

Baumaßnahme in der Oranienburger Straße: Überbrückungshilfen gegen künftigen Leerstand?



Bild: Sonja Hartmann

Als im Bauausschuss tätiger Wittenauer CDU-Bezirksverordneter und Leiter der überparteilichen Arbeitsgemeinschaft Wittenauer Geschäftsleute hat sich Björn Wohlerl mit Vertretern des in der Senatswirtschaftsverwaltung angesiedelten Ausschusses für Räumungsbetroffene getroffen. Dieser entscheidet über Anträge auf Überbrückungshilfen für straßenbaugeschädigte Gewerbetreibende und setzt sich aus je einem Vertreter des Rats der Bürgermeister, der Finanz- und Stadtentwicklungsverwaltung sowie der beiden Kammern (IHK und HK) zusammen. Der Ausschussvorsitz obliegt der Wirtschaftsverwaltung. Im Zusammenhang mit der Baumaßnahme in der Oranienburger Straße hat Björn Wohlerl diverse Fragen und Sorgen von Wittenauer Geschäftsleuten vorgetragen:

Wer kann wie Überbrückungshilfen beantragen?

Eine natürliche Person mit einem von einer länger als drei Monaten andauernden Baumaßnahme betroffenen Geschäft, nicht das Unternehmen an sich, kann die Überbrückungshilfen beantragen. Diese sollen bei akuter Existenzbedrohung, wenn infolge der Baumaßnahme Lebenshaltungskosten nicht mehr

aus eigener Kraft gedeckt werden können, unterstützt. Daher müssen im Antrag diverse von Geschäftsleuten als zu großen Eingriff in die Privatsphäre empfundene Angaben über die Einkünfte des Lebenspartners, Gütertrennung, die Wohnungsmiete, Sparguthaben, private Verbindlichkeiten etc. gemacht werden. Insofern sind die Überbrückungshilfen nicht wie von einigen Geschäftsleuten angenommen - ein Fördergeld, um das Überleben der Geschäfte zu sichern, sondern ein Zuschuss / eine Billigkeitsleistung, um den Inhaber in einer Notlage finanziell zu unterstützen. Entgegen Befürchtungen von Gewerbetreibenden ist es allerdings nicht erforderlich, einen Steuerberater zu beauftragen, um Bilanzen für die letzten drei Jahre zu erstellen. Um nachzuweisen, dass man infolge der Baumaßnahme einen erheblichen Umsatzrückgang (im Schnitt um die 10 %) zu verzeichnen hat, genügt beispielsweise auch ein Ausdruck aus einem elektronischen Kassenbuch. Es sind zudem unverbindliche Vor-Checks vor der Antragsstellung möglich, um eine Prognose über die Erfolgchancen zu geben.

Wer profitiert also von den Überbrückungshilfen?

Im Wesentlichen werden absolute Här-

tefälle, vor allem kleinere Läden, unterstützt. Das ist allein schon deshalb erforderlich, da im Jahr nur 250.000 Euro für alle straßenbaugeschädigten Gewerbetreibenden in Berlin zur Verfügung stehen. Existenzgründern, die naturgemäß keine Nachweise über die Einnahmen/Ausgaben der letzten 3 Jahre vorlegen können, werden keine Mittel bewilligt, außer sie haben vor Beginn und in Unkenntnis einer unmittelbar bevorstehenden Baumaßnahme ein Geschäft eröffnet. Im Jahr 2018 gab es bislang vier Anträge von straßenbaugeschädigten Gewerbetreibenden rund um die Oranienburger Straße. Von diesen wurde einer im März positiv entschieden und ein weiterer wurde noch im Laufe des Monats abschließend beraten. Darüber hinaus gingen im Ausschuss für Räumungsbetroffene eine schriftliche und drei telefonische Anfragen ein.

Was wird politisch gefordert?

Zwar konnte nach Angaben des Ausschusses für Räumungsbetroffene bei knapp 90 % der Antragssteller in Berlin die Existenz gesichert werden. Jedoch ist davon auszugehen, dass viele Geschäftsinhaber bereits vor einer akuten persönlichen Existenzbedrohung ihr Geschäft aufgeben, einen neuen Stand-

ort suchen oder zumindest Mitarbeiter entlassen.

Daher wünscht sich der CDU-Bezirksverordnete Björn Wohlerl vom Senat, dass:

- die Mittel für die Überbrückungshilfen für Gewerbetreibende aufgestockt werden, damit mehr davon profitieren
- eine Art präventives „Leerstandsvermeidungsprogramm“ entwickelt wird. Ziel des Senats sollte nicht nur sein, die persönliche Existenz von straßenbaugeschädigten Gewerbetreibenden zu sichern, sondern Geschäftsaufgaben und damit Leerstand zu verhindern. Existenzgründer, die das Risiko auf sich nehmen während oder in Kenntnis einer Baumaßnahme ein Geschäft zu eröffnen, sollten gezielt gefördert werden. Zudem sollte geprüft werden, Fördergelder für die am jeweiligen Standort seit vielen Jahren oder Jahrzehnten angesiedelten und ohne Beeinträchtigungen durch die Baumaßnahme überlebensfähigen Geschäfte zu ermöglichen. Mit einem „Leerstandsvermeidungsprogramm“ könnten Anreize gesetzt werden, Leerstand zügig zu vermeiden / zu beseitigen und Arbeitsplätze zu erhalten / zu schaffen. Bei Leerstand sind regelmäßig Ansteckungseffekte und damit die Schwächung einer Geschäftsstraße zum Nachteil aller Ladengeschäfte zu befürchten.

Verkehr an der Feuerwache Wittenau wird sicherer



Nach mehr als einem halben Jahr Verzug will der Senat im Sommer 2018 endlich mit den Bauarbeiten an der Kreuzung Roedernallee / Am Nordgraben beginnen, so das Ergebnis einer schriftlichen Anfrage des Wittenauer Abgeordneten Tim-Christopher Zeelen (CDU). Die Kreuzung ist viel befahren. Die Verkehrssituation ist besonders angespannt, weil die Wache der Feuerwehr Wittenau an der Roedernallee liegt. Das ist sowohl für die Feuerwehr, die diesen Verkehrsknotenpunkt schnell passieren muss, als auch für die Verkehrsteilnehmer oft nervenaufreibend. Durch den Umbau der Lichtsignalanlage soll sich die Situation nun deutlich entspannen. Die Feuerwehr soll die Möglichkeit bekommen, direkt auf die Ampelschaltung Einfluss zu nehmen. Dadurch können alle Verkehrsteilnehmer im Falle eines Einsatzes geordnet die Kreuzung verlassen und die Einsatzwagen können ohne Probleme passieren. Für diese Lösung hat sich der damalige Bezirksverordnete Olaf Schmidt (CDU) eingesetzt. Darüber hinaus wird durch den geplanten Umbau der Kreuzung auch eine Ver-

besserung der Übersichtlichkeit beim Abbiegen aus der Wilhelms-Gericke-Straße in die Roedernallee in nördlicher Richtung erreicht. Es ist geplant,



in nördlicher Fahrtrichtung die Rechtsabbiegespur zu verlängern und die Spuraufteilung in 1x Rechtsabbiegespur, 2x Geradeaus und 1x Linksabbiegespur zu verändern. Damit dürfte sich der Rückstau verringern, da dem Geradeausverkehr mehr Platz eingeräumt wird. Baumfällungen und Halteverbote werden vermieden.

Einer der neuen Radwege könnte entlang der Grünfläche in der Cyclopstraße und der Jean-Jaures-Straße führen.

Straßenschäden in der Techowpromenade beseitigt



Der Straßenzustand in der Techowpromenade hat sich infolge des dort zunehmenden Autoverkehrs während der Baumaßnahme in der Oranienburger Straße verschlechtert. Die Baustadträtin Katrin Schultze-Berndt hat nach einem Hinweis des Wittenauer Bezirks-

verordneten Björn Wohler (beide CDU) kurzfristige Hilfe in Aussicht gestellt. Einige Fahrbahnaufbrüche werden mit Kaltasphalt beseitigt. Zudem wird geprüft, ob die Techowpromenade in das Straßeninstandsetzungsprogramm für 2019 aufgenommen werden kann.

Carsharing in Reinickendorf fördern



Bis vor wenigen Jahren gab es Carsharing noch in Wittenau. Der CDU-Bezirksverordnete Björn Wohler wünscht sich insgesamt mehr Angebote in Reinickendorf. Vereinzelt parken Carsharing-Autos z.B. in der Teichstraße in Reinickendorf-Ost.

Der CDU-Bezirksverordnete Björn Wohler fordert gemeinsam mit der Jungen Union Reinickendorf den Senat auf, bei kommenden Verhandlungen mit Carsharing-Unternehmen einen festgeschriebenen Anteil von Angeboten auch in den Außenbezirken wie Reinickendorf vorzuhalten.

„Die Operationsgebiete der Carsharing-Anbieter sind bislang weitgehend auf die Innenstadt beschränkt. Der Bezirk Reinickendorf sollte künftig bei der Förderung innovativer Mobilität stärker berücksichtigt werden“, begründet Björn Wohler die BVV-Initiative.

Am 1. September 2017 ist das Carsharinggesetz der Bundesregierung in Kraft getreten. Der Senat ist gefordert, Landesgesetze für die stationsgebundenen Parkflächen nach dem Modell des Bun-

desgesetzes zu erlassen. Auf diese Weise soll eine Vernetzung mit dem öffentlichen Personennahverkehr sowie dem Rad- und Fußverkehr erfolgen.

Mit einem zweitem BVV-Antrag soll der Senat zudem dazu bewegt werden, für weitere Kooperationen zwischen Wohnungsbaugesellschaften und stationsbasierten Carsharing-Anbietern in Reinickendorf zu werben. Die Gesobau ist mit gutem Beispiel vorangegangen und hat mit dem Anbieter Cambio zwei Carsharing-Stationen im Märkischen Viertel geschaffen. Mit Carsharing-Konzepten in Wohnquartieren könnte das Angebot auch in Außenbezirken wie Reinickendorf ausgebaut werden.

Die beiden Anträge für mehr Carsharing in Reinickendorf wurden in der BVV einstimmig angenommen.

Kommunalpolitik im Pflegeheim



Im Domicil - Seniorenpflegeheim in der Techowpromenade war der Wittenauer CDU-Bezirksverordnete Björn Wohler mit Bewohnern und Angehörigen über Kommunalpolitik im Gespräch. Die Verkehrssicherheit im Umfeld, barrierefreie Wege zum Rathaus und zum Ärztehaus sowie die

Gestaltung des Reinickendorfer Parks im Taldorfer Weg waren die Themen. Es gibt viel zu tun, damit ältere Wittenauer noch mehr am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. In den kommenden Monaten sollen daher konkrete Maßnahmenvorschläge erarbeitet werden.

Sie haben hierzu konkrete Anregungen, die in die weitere Prüfung einfließen sollen? Melden Sie sich bei unserem Wittenauer CDU-Bezirksverordneten Björn Wohler per E-Mail an wittenau@cdu-reinickendorf.de oder telefonisch unter der Rufnummer 030-555 710 74!

Senat blockiert weiteren Wohnungsbau in der Cité Foch

In der Cité Foch werden zurzeit auf der Südseite der Avenue Charles de Gaulle (ehemaliger Standort der abgerissenen Kirche) bis Ende 2018 / Anfang 2019 insgesamt 90 Mietwohnungen und eine Kindertagesstätte gebaut. Zudem wird auf der Nordseite der Avenue Charles de Gaulle (ehemaliger Standort des Kinos und des Einkaufszentrums) der Bau von fünf Mehrfamilienhäusern mit insgesamt 241 Eigentumswohnungen vorbereitet. Leider blockiert der Senat aber die Erschließung weiterer Wohnungsbaupotenziale in der Siedlung, z. B. auf den Flächen der ehemaligen BND-Anlage. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) soll wie private Investoren eine Kautionsleistung hinterlegen. Das lehnt die BIMA als Anstalt des öffentlichen Rechts ab, da sie nicht insolvent gehen kann. Eine solche sinnwidrige Regelung bei der kooperativen Baulandplanung gibt es in keinem anderen Bundesland. Auf den weiteren Potenzialflächen in

der Cité Foch könnte bezahlbarer Wohnraum entstehen. Der Senat gefährdet aber mit seiner Blockadehaltung die weitere positive Entwicklung der Siedlung.

Da passt es ins Bild, dass die Zahl der Baugenehmigungen unter Bausenatorin Katrin Lompscher (Linke) im 1. Quartal 2018 deutlich gesunken sind. Von Januar bis März wurden 880 Bauanträge für Gebäude aller Art von den zuständigen Behörden genehmigt – fast ein Viertel weniger als im Vorjahres-Zeitraum. Die Berliner Wohnungswirtschaft beklagt erhebliche Defizite in der Wohnungspolitik und ein fehlendes „Neubauklima“. Die Genehmigungsverfahren seien zu lange und kompliziert und die Bürokratie nehme unter anderem auch durch zusätzliche Beteiligungsverfahren zu statt ab – das schrecke private Investoren ab. Leidtragende der Wohnungsbaupolitik des Senats sind alle Bürger, die erfolglos eine bezahlbare Wohnung suchen.



Ausbau der Tagespflege in Wittenau



Bild: Udo Nitzsche

Im ehemaligen Stephanus-Seniorenzentrum in Alt-Wittenau 33 wird eine Wohnstelle für erwachsene Menschen mit geistiger und/oder körperlicher Behinderung entstehen. Der Träger EJJ (Evangelisches Fürsorge- und Jugendwerk) plant vier stationäre Wohngruppen mit jeweils neun Plätzen und zudem eine dringend benötigte Tagespflege für Senioren.

Der Wittenauer Abgeordnete und gesundheitspolitische Sprecher der CDU-Fraktion Berlin Tim-Christopher Zeelen hat im Rahmen seiner schriftlichen Anfrage an den Senat ermittelt, dass Rei-

nickendorf mit nur 15 Kurzzeitpflegeplätzen Schlusslicht ist. Die CDU-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Reinickendorf setzt sich daher weiterhin dafür ein, dass dringend benötigte Kurzzeitpflegeplätze auch in Pflegeheimen zugelassen werden, so wie es bereits in allen anderen Bundesländern der Fall ist. Mit der Einstreuung in den Pflegeheimen würde die Unterversorgung in den Bezirken behoben werden, da viele einzelne Träger aus finanziellen Gründen keine Kurzzeitpflege anbieten können. Der rot-rot-grüne Senat lehnt eine solche Lösung aber bislang ab.

Discounterkette gegen Wohnungsnot



Bild: Udo Nitzsche

In Berlin herrscht akute Wohnungsnot. Die Discounterkette Aldi-Nord will daher ihren reichlich vorhandenen Platz bei ihren Märkten und den dazugehörigen Parkplätzen künftig besser ausnutzen. An mindestens 30 Standorten in Berlin sollen in Kombination mit Aldi-Nord-Märkten rund 2.000 Wohnungen entstehen. Diese Maßnahme steht im Zusammenhang mit der seit einigen Jahren verfolgten

Modernisierungsstrategie des gesamten Filialnetzes. Viele von den in Berlin betriebenen 135 Filialen sind nicht mehr zeitgemäß und mit einer Verkaufsfläche von 500 bis 800 Quadratmetern auch zu klein geworden für das stark wachsende Warensortiment. Um Genehmigungen für die auf 1.200 bis 1.400 Quadratmetern vergrößerten Neubauten zu erleichtern, soll auch die Stadt Berlin von diesen Neubauten profitieren, in dem parallel auf den Grundstücken dringend benötigte Wohnungen entstehen. Die ersten knapp 150 Wohneinheiten in Neukölln und Lichtenberg sollen bereits 2019 fertig sein. Auch auf der ALDI-Fläche in der Oranienburger Straße 57-58 in Wittenau soll Wohnraum geschaffen werden.



Bild: Udo Nitzsche

Seniorenrechtliches Wohnen im Spießweg

Nach gleicht das Gelände einem Trümmerfeld vom Abriss der vorherigen Bebauung, aber schon bald werden am Spießweg 11-15 insgesamt 57 seniorenrechtliche Wohnungen auf einer Bruttogeschossfläche von 6.244 Quadratmetern entstehen. Mit der Fertig-

stellung wird bis zum Sommer 2019 gerechnet. Dieses Projekt trägt zur Deckung des erheblichen und weiter steigenden Bedarfes an altersgerechtem Wohnen im Ortsteil Wittenau bei, welcher in Berlin zu denen mit dem höchsten Anteil an älteren Menschen gehört.

Verkehrsinfarkt in Reinickendorf verhindern



Durch die Verschiebung der Grundsaniierung der 13,3 km langen A111 zwischen Dreieck Charlottenburg und der Stadtgrenze vom Jahr 2014 auf das Jahr 2021 sowie den gleichzeitigen Sanierungs- und Ausbauarbeiten der an der U6 (Dammansanierung zwischen Kurt-Schumacher-Platz und Alt-Tegel) im Zeitraum von März 2020 bis Dezember 2021 und der S25 (zwischen Tegel und Schönholz) im Zeitraum Mai 2020 und Oktober 2021 werden drei unverzichtbare Verkehrsträger gleichzeitig stillgelegt.

Da sie schon heute überlastet sind, ist

ein Verkehrs-Chaos zu erwarten, denn Reinickendorf und das nördliche Umland wären praktisch von der Berliner Innenstadt und dem Flughafen BER abgeschnitten, wovon täglich zehntausende Menschen betroffen wären, Berufstätige, Handwerker und Lieferanten, aber auch die Anwohner an den dann am Dauerstau leidenden Umleitungsstrecken über Heiligensee/Tegel und der B96.

Aber auch die Auswirkungen auf den verbleibenden Bus- und Bahnverkehr wären katastrophal.

Da der „Masterplan Bauen und Ver-

kehr“ des Berliner Senats erst im Laufe des Jahres 2018 fertig wird, ist noch Zeit, über entlastende Maßnahmen zu reden.

Da der Bezirk Reinickendorf seine Bedenken und Verbesserungsvorschläge unverzüglich in die Planung mit einbringen soll, hat die CDU-Fraktion ein Paket mit zehn Anträgen am 10. Januar in die Bezirksverordnetenversammlung eingebracht.

Dieses umfasst eine vierspurige Befahrung der Bernauer Straße zwischen Wasserwerk bis zum Hohenzollernkanal, der in diesem Zusammenhang eine zweite behelfsmäßige Brücke erhalten soll.

Außerdem wird dem Bezirksamt Reinickendorf empfohlen, mit dem Nachbarbezirk Pankow, aber auch mit nordwestlichen Umlandgemeinden und dem Landkreis Oberhavel Gespräche über mögliche Umleitungsstrecken für die Pendler im ÖPNV und Individualverkehr außerhalb von Reinickendorf aufzunehmen.

Die Tarifzone B der S1 soll für die Dauer der Baumaßnahmen auf die ersten beiden außerhalb von Berlin befindlichen Bahnhöfe ausgeweitet werden.

Ein Rückbau von Hauptverkehrsstraßen vor oder während der Bauarbeiten soll nicht stattfinden, außerdem soll der alte Bernauer Heerweg zwischen Wittenauer Straße und Quickborner Straße für den Verkehr geöffnet werden.

Die Grundsaniierung der A111 soll dazu genutzt wird, zwischen Landesgrenze und Anschlussstelle Waidmannsluster Damm die Fahrbahn um einen Standstreifen zu erweitern, um bei Verkehrsunfällen den Rettungskräften zu ermöglichen den Einsatzort schnell zu erreichen und Umleitungen des Verkehrs durch die Heiligenseer Wohngebiete künftig zu vermeiden. Weiterhin muss geprüft werden, ob die Ruppiner Chaussee für die Dauer der Baumaßnahmen an der A111 als Entlastungsstrecke genutzt werden kann.

Die CDU-Fraktion begrüßt ausdrücklich, dass endlich damit begonnen wird, die Verkehrsinfrastruktur in Reinickendorf zu sanieren und auszubauen. Allerdings hält die CDU es für absolut ungeeignet, alle drei geplanten Maßnahmen zeitgleich umzusetzen.

Gewässerpflege im Tegeler Fließ muss verbessert werden

Nachdem der Senat die Pflege des Tegeler Fließes jahrelang vernachlässigt hatte, sind im Sommer 2017 Wiesen und Gärten überschwemmt worden sowie Keller vollgelaufen. Der Abgeordnete Tim-Christopher Zeelen (CDU) hat dem Senat daher eine schriftliche Anfrage zur Beantwortung gestellt. In dem Fragenkatalog ging es insbesondere um die Maßnahmen und Kosten zur Reinigung des Fließes sowie um Schutz und Unterstützung für die betroffenen Anwohner.

„Exemplarisch für die Probleme im Fließ ist der Hermsdorfer See. Er fasst laut Gewässeratlas des Senats aus dem Jahr 2002 ein Volumen von rund 90.000 m³ und ist damit ein wichtiges Binnengewässer im Fließtal. Doch dieses Volumen ist in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen. War das Wasser hier 1991 am tiefsten Punkt nch 3,7 m und 2002 rund 3,1 m tief, sind es aktuell nur noch 2,3 m Maximaltiefe. Damit einher geht ein Rückgang des Volumens im Hermsdorfer See. Dies führt dazu, dass hier weniger Wasser „zwischen gespeichert“ werden kann.“



Bild: Udo Nitzsche

Laut Angaben des Senats wird an 16 Verschmutzungsschwerpunkten wöchentliche eine Reinigung vorgenommen, bei der Abflusshindernisse, wie beispielsweise Treibgut, Müll, Gartenabfälle, Kadaver und Totholz entnommen werden. Jedoch ist dies von den unmittelbaren Anwohnern so nicht beobachtet wor-

den. Es bleibt also fraglich, ob die Arbeiten tatsächlich auch in dem genannten Umfang stattfinden. Eine Auflistung einzelner Arbeiten legt der Senat trotz konkreter Frage nicht vor. Besonders verärgert zeigt sich Zeelen über den Umgang des Senats mit den betroffenen Anwohnern: „Der Senat

bietet keine Unterstützung an. In seiner Antwort stellt er klar, dass die Betroffenen selbst für Schutz- und Abwehrmaßnahme verantwortlich sind und Rechtsansprüche auf öffentliche Hilfsmittel nicht bestehen. Jedoch kommen in diesem Fall verschiedene Komponenten zusammen, bei denen sich der Senat nicht ohne weiteres aus der Verantwortung stehlen kann.“ Der Senat selbst habe keinerlei Kenntnis von Gebäudeschäden durch die Ausuferungen im Fließ. Tatsächlich gibt es aber gerade im Bereich der Pforzheimer Straße zahlreiche betroffene Anwohner, die sich an Zeelen gewandt haben.

Der durch den Abgeordneten Tim-Christopher Zeelen gemeinsam mit den Anwohnern aufgebaute öffentliche Druck hat immerhin Bewegung in die Sache gebracht. Staatssekretär Tidow machte bei einem Vor-Ort-Besuch einige Zusagen. So sollen unter anderem das Fließ und die Gräben, die die angrenzenden Wiesen entwässern, kontinuierlich gereinigt und der Hermsdorfer See soll in den Jahren 2019/2020 ausgebaggert werden.



gagiert für die Musikschule ein. „Musizieren schult alle Sinne, stärkt das Selbstbewusstsein, fördert Kreativität und soziales Bewusstsein. Unsere Musikschule liegt mir deshalb am Herzen. Es muss unser aller Ziel sein, jedem Menschen die Möglichkeit zu musischer Bildung zu geben“, betont sie.

70 Jahre Musikschule Reinickendorf

Mit einem hochkarätigen Festkonzert feierte die Musikschule Reinickendorf am 25. April 2018 ihren 70. Geburtstag im Ernst-Reuter-Saal. Das Musical-Orchester der Musikschule Reinickendorf unter der Leitung von Stefan Johannes Walter präsentierte dabei bekannte Werke aus Klassik, Mu-

sicals, Kinofilmen und Fernsehserien. Was am 25. April 1948 mit dem Unterricht von neun Instrumenten an zwei Standorten begann, ist heute neben den Schulen eine der wichtigsten Bildungseinrichtungen im Bezirk. Kulturstadträtin Katrin Schultze-Berndt (CDU) setzt sich seit zwölf Jahren en-

Leserbriefe

Zukunft des Geländes der „Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik“

(zum Artikel in Ausgabe 01/2018)

Ausgewogen beginnt Ihr Beitrag zur Zukunft des Geländes der „Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik“ zunächst mit der Darstellung sowohl der Planungen des rot-rot-grünen Senates als auch des Gegenentwurfes der CDU-Fraktion. Im Bewusstsein der Verantwortung der Bundes-CDU für die planlose Flüchtlingspolitik vermeiden Sie jedoch eine deutliche Beschreibung der heftigen realen Probleme durch die massive Konzentration von Flüchtlingen in diesem schon jetzt sich bildenden kleinen Ghetto „KaBoN“. Integration geht nicht in Sammelunterkünften - die würde nur gelingen, wenn breit gestreut jeweils eine Flüchtlingsfamilie unter intensiver sozialer Betreuung verstreut in den Wohngebieten untergebracht würde.

Interessant auch die unreflektierte Verwendung des unlängst erst erfundenen Begriffes Geflüchtete in Ihrem Beitrag - durch dessen subtile Einführung wollen uns die in allen Mainstream-Medien gegenwärtigen linken Sprachpolizisten meines Erachtens suggerieren, dass der Fluchtprozess der Flüchtlinge beendet ist, sie also dauerhaft hierbleiben müssen/sollen.

K. Lindner (per E-Mail)

Kommentar der Redaktion „Unser Wittenau“:

Wir teilen Ihre Einschätzung, dass eine dezentrale Unterbringung mit ausreichender sozialer Betreuung sowohl mit Blick auf die Integration der bis zur Rückkehr in ihr Heimatland bleibeberechtigten Flüchtlinge als auch mit Blick auf die Akzeptanz der Bevölkerung de-

finitiv am sinnvollsten wäre. Der Senat, der für die Auswahl und Planung von Standorten zuständig ist, lehnt eine solche Lösung aber bislang ab und setzt auf den Bau modularer Unterkünfte.

Anmerkungen zur Verwendung des Begriffes Geflüchtete:

Parteiunabhängige Experten sprechen meist von *Geflüchteten* oder *Schutzsuchenden*, um neutral ohne Wertung die gesamte Gruppe von *Flüchtlingen* (zu vermeidender allgemeiner Sprachgebrauch), unabhängig von den Fluchtmotiven und der Bleibeperspektive, zu erfassen.

Flüchtlinge sind nur diejenigen, die nach einem erfolgreichen Asylverfahren (befristeten) Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention erhalten.

Wer Asyl beantragt, ist *Asylbewerber* bzw. *Asylsuchender*.

Migranten dagegen sind allgemein alle Menschen, die ihre Heimat verlassen und an einen anderen Ort ziehen (auch ein einfacher Wohnortwechsel im Rahmen der EU-Freizügigkeit ist erfasst).

Der Gebrauch des Begriffes *Geflüchtete* soll vermeiden, dass alle unterschiedlichen Gruppen, die zeitweise in „Flüchtlingsunterkünften“ leben - Asylsuchende, Flüchtlinge, Wirtschafts- / Klimamigranten usw., separat aufgezählt werden müssen. Auf die Verwendung des Sammelbegriffs *Flüchtlinge* wird bewusst verzichtet, da nicht alle, die Asyl beantragen, einen entsprechenden Schutz genießen werden.

Mülleimer im Spießweg

Ich würde mich freuen, wenn ein Mülleimer entlang des Weges, der neben dem Ristorante Carpaccio in Alt-Wittenau die Verbindung zum Spießweg herstellt, aufgestellt werden könnte. Dort spazieren sehr viele Hundebesitzer und können ihre Hundekotbeutel nicht entsorgen.

(Anm. d. Red.: Ähnliche Hinweise haben Mitglieder der CDU Wittenau auch bei Haustürgesprächen, um auf das Bürgergespräch zur Situation im Göschenpark – siehe Artikel auf Seite 5 – aufmerksam zu machen, erhalten)

S. Lawrenz (per E-Mail)

Kommentar der Redaktion „Unser Wittenau“:

Nach einem Hinweis des Wittenauer CDU-Bezirksverordneten Björn Wohlernt an die Baustadträtin Katrin Schultze-Berndt wurde Mitte April der gewünschte Mülleimer, der nun wöchentlich geleert wird, aufgestellt.

Verwahrlosung „Am Steinbergpark“

Mit Interesse verfolge ich das Engagement der Wittenauer CDU mit unserem Bezirksverordneten für die Belange der Bürger.

In „Unser Wittenau“ (Anm. d. Red.: Ausgabe 01/2018) berichten Sie u.a. über Probleme mit Vermüllung sowie fehlenden Mülleimern und Instandsetzungs- bzw. Ersatzbedarf auf öffentlichem Grund. In unserem Wohngebiet „Am Steinbergpark“ gibt es an einer Stelle gleich mehrere dieser Probleme, wie Sie den angehängten Fotos vom heutigen Nachmittag entnehmen können:



Auf der südlichen Seite des Parks führt zwischen den Häusern 83 und 85 der Straße „Am Steinberg-

park“ ein öffentlicher Weg über eine kleine gelbe Brücke in den Park. Hier werden leider immer wieder schwarze Hundekot-Beutel einfach am Weg entsorgt, u.a. wohl in Ermangelung eines Mülleimers.

Auch sonst macht die Ecke leider einen verwahrlosten Eindruck. Der Rest einer ehemals schönen Parkbank ist noch erkennbar, z.T. wird Müll einfach in die Grünflächen am Wegesrand geworfen und die Pfeiler der gelben Brücke sind von Sprayern „verziert“ worden.

Dies alles scheint bei manchen Mitbürgern den Eindruck zu erwecken, hier gälte die üblichen Verhaltensregeln nicht, so dass sich die Situation im Laufe der Zeit verschlimmert hat. Ein wesentlicher Schritt zur nachhaltigen Verbesserung des aktuellen Zustands wäre sicherlich das Aufstellen (und regelmäßige Leeren!) eines oder besser gleich mehrerer Mülleimer. Darüber hinaus wäre es sinnvoll, wenn die Parkbank entweder robust erneuert oder einfach komplett entfernt würde. Schließlich wäre ein graffiti-hemmender neuer Anstrich der Brücke bzw. der Brückenpfeiler schön.

P. Dollenmayer (per E-Mail)

Kommentar der Redaktion „Unser Wittenau“:

Die Hundekottüten und das Laub auf dem Wegeabschnitt wurden nach einem Hinweis des Wittenauer CDU-Bezirksverordneten Björn Wohlernt an die Baustadträtin Katrin Schultze-Berndt kurzfristig beseitigt. Zudem wurde die Bank erst einmal ersatzlos entfernt, um einer weiteren Verwahrlosung vorzubeugen. Dahingehend werden unter Berücksichtigung der Vorschläge noch zusätzliche mittelfristige Maßnahmen geprüft.

Leserbriefe

Kontaktieren auch Sie uns mit Ihren Fragen, Meinungen und Anliegen!

Per E-Mail an: leserbrief@unser-wittenau.de

Per Post an: Redaktion „Unser Wittenau“ c/o CDU Reinickendorf Oraniendamm 10-6 (Aufgang D) 13469 Berlin



1. Deutsch-Polnischer Abend der CDU Wittenau



Paul Ziemiak

geb. in Stettin (Polen)
Bundestagsabgeordneter
Mitglied im Auswärtigen Ausschuss



Tomasz Klon

geb. in Loslau (Polen)
Herausgeber der polnischsprachigen
Zeitung „Kontakty“
Stellv. Ortsvorsitzender der CDU Wittenau



Björn Wohler

Integrationspolitischer Sprecher
der CDU-Fraktion Reinickendorf
Ortsvorsitzender der CDU Wittenau

Ca. 35.000 polnische Mitbürger leben in Reinickendorf, die polnische Community ist im Bezirk stark vertreten. Die CDU Wittenau will deshalb künftig rund um den Jahrestag des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages, der am 17. Juni 1991 unterzeichnet wurde, zu einem „Deutsch-Polnischen Abend“ mit politischen Gesprächen und polnischem Essen einladen. Sie sind herzlich zur Auftaktveranstaltung eingeladen!

Programm:

- 18.30 Uhr: Einlass
- 19 bis 20 Uhr: politisches Gespräch über die deutsch-polnischen Beziehungen
- 20 bis 22 Uhr: geselliges Beisammensein mit polnischem Fingerfood

Termin:

Mittwoch, 05. Juli

im

**Restaurant Maestral
Eichborndamm 236
13437 Berlin**

Mit Anmeldung per E-Mail an
wittenau@cdu-reinickendorf.de
oder telefonisch unter der Rufnummer 030-55571074.



CDU WITTENAU